

Volks-Zeitung

Jahrgang 213

für Anhalt und Thüringen.

1920 Nr. 295

Bezugspreis: 1/2 Mark und auswärts 3/4 Mark monatlich. Einmal jährlich 5 Mark. Postamtliche Zustellung 1/2 Mark monatlich. Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801. Abends von 7 Uhr an Redaktion 5600 und 5610. — Postfach: Feinza 20512.

Sonntag-Ausgabe
Sonntag, 11. Juli

Anzeigenpreis: Die Spalte 24 mm breite 2 mm-Buchstabe 60 H. Die Spalte 30 mm breite 2 mm-Buchstabe 800 H. Abkatz nach Zeit. Erstattungszeit Halle-Saale. Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 80. Fernruf Amt Kurieren Nr. 6260. Elegante Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Ehle, Halle-Saale

Neue Spa-Krise wegen der Kohlenfrage

Dr. Simons und Stinnes gegen das Kohlendittat — Neue Beratungen in Berlin

(Von unserm nach Spa entandenen Sonderberichterstatter.)
i. Spa, 10. Juli.
In der heutigen Vormittags-Sitzung machte Minister Dr. Simons in einer längeren Rede die Militärs darauf aufmerksam, daß die Deutschen hierher gekommen seien, um in der Kohlenfrage wie auch in anderen Fragen Vorschläge zu machen, nicht aber sich wiederholend einen fremden Willen aufzuzwingen zu lassen. Er schlug darauf vor, die Kohlenfrage gemeinsam durch eine Kommission zu lösen, die technischen Fragen der industriellen Wiedergutmachung durch eine besondere Industriekommission, den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete durch eine Wiederaufbaufunktion, die militärischen Fragen durch eine Wirtschaftskommission bearbeiten zu lassen. Er wies darauf hin, daß die Kohlenfrage nicht eine Angelegenheit des einen oder anderen Landes sei, sondern alle Beteiligten müssten gleichmäßig mitarbeiten.

Nach ihm fordert der Großindustrielle Herr Schünes von den Anhängern, die die Entente an den deutschen Verhandlungen teil zu nehmen, daß die Entente auch die Erfüllung ihrer Ansprüche gemocht habe. Er wies auch auf die Maßnahmen hin, die man getroffen habe, um die Leistungen des Bergbauwesens noch weiter zu erhöhen und machte darauf aufmerksam, daß ein eventuelles Einmarsch der Militärs in das Ruhrgebiet auf die jetzt gesteigerte Produktion in hohem Maße hemmend wirken würde. Schon jetzt würden die Bestimmungen des deutschen Bergbaugesetzes die militärischen Bestimmungen, die gelten unterzeichnet werden müßten, außerordentlich erschweren, weil sie die Möglichkeit zu neuen Schwestern läßt, offen lasse. Alle Länder aber lären die Produktion, die durch die Besetzung der Kohlenfelder durch die Militärs zurückgeführt werden müßte. Er betonte den guten Willen der deutschen Bergarbeiter, möchte aber darauf aufmerksam machen, daß die Arbeiterschaft durch die schreckliche Wende enttäuscht ist und an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit steht. Auch er wies darauf hin, daß die Kohlenlieferungen nicht internationalen Abkommen geregelt werden müßten. Die Vertreter der deutschen Bergarbeiter waren nach Spa gekommen, um an dieser Regelung mitzuarbeiten.

Die Sitzung wurde darauf auf nachmittags 4 1/2 Uhr vertagt.

Unannehmbar, aber ...

Berlin, 11. Juli.
Ganz vormittag von 1410 Uhr ab waren die in Berlin anwesenden Mitglieder des Reichskabinetts unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten an einer Sitzung zusammengetreten, in der der ganze Ernst der Lage zum Ausdruck kam. Die meisten Mitglieder des Kabinetts zeigten die Meinung, daß die Kohlenlieferungen von Spa den Wiederaufbau Deutschlands und die Erfüllung des gesamten Wirtschaftsvertrages unmöglich machen und daher völlig unannehmbar seien, und man sich ernstlich bemühen, den sofortigen Abbruch der Verhandlungen in Spa und die Rückkehr der deutschen Delegation empfehlen zu wollen. In die

Kabinettsitzung reiste sich um die Mittagsstunde eine Beratung der Minister mit dem Hauptgeschäftsführer des Reichstages und den Fraktionsführern. Auch in dieser Sitzung ist dem Benehmen nach überwiegend die Meinung zum Ausdruck gekommen, daß die Kohlenlieferungen unter keinen Umständen abgelehrt werden könnten. Die Lage ist mithin als äußerst kritisch anzusehen. Die oberste Entscheidung über das deutsche Verhalten wird jedoch von den in Spa weilenden Kabinettsmitgliedern erfolgen.

Mündlicher Bericht in Berlin

w. Berlin, 10. Juli.
Der Reichspräsident hatte heute vormittag mit den aus Spa zurückgekehrten Mitgliedern der Delegation eine Besprechung, bei der Minister Dr. Geiger, Staatssekretär Albert und General von Seidt Bericht erstatteten. Nach allgemeinen Mitteilungen wurden die in Spa getroffenen Vereinbarungen erörtert. Dabei wurde hervorgehoben, daß, obwohl George den Scherzpunkt auf die Entlassung der Besatzung, d. h. also das Einmarschieren der in den Händen der Besatzung befindlichen Wehrkräfte, die Androhung des Einmarsches in das Ruhrgebiet ist von den Deutschen nicht genehmigt, sondern nur zur Kenntnis genommen worden, nachdem der Reichspräsident dem Feindern sofort erklärt habe, eine beratende Kommission über den Friedensvertrag und den Ruhrverfall. Die Schlichterformel des Unterzeichnens ist insofern nur dahin, daß die deutsche Delegation davon Kenntnis nehme, und darüber werde, in er auf concrete die gouvernement allemande die Bedingungen auszuführen. Obwohl George heute ausdrücklich anerkannt, daß die Deutschen durch ihre Unterfertigung der Strafflamen nicht bedingt, es wurde weiter hervorgehoben, daß bei dem Verhandlung mit dem die Einmarschungsformeln von der Entente gemäß dem Friedensvertrag verlangt wird, Deutschland hier selbst auf einfindenden Maßnahmen greifen müßte.
Die W. Z. Z. hat, ist die Schlichterformel von George, die Straffbestimmungen finden bereits in dem von den Deutschen unterzeichneten Protokoll vom 10. Januar 1920, irrtümlich. Von Unterzeichnung des Protokolls wurde damals von der Entente erklärt, die militärischen Straffmaßnahmen beschränken sich selbstverständlich nur auf die Zeit des Waffenstillstandes. Nach der Ratifizierung des Friedensvertrages werden dessen Bestimmungen an ihre Stelle treten. Der Friedensvertrag aber selbst als Vertragsmaßnahmen bei Nichterfüllung des Friedensvertrages nur die Ausübung der Besatzungszeit, nicht aber des besetzten Gebietes vor.

Längere Dauer von Spa?

i. Spa, 10. Juli.
Entgegen den bisherigen Meldungen, wonach die Konferenz bereits morgen Sonntag zu Ende geführt werden soll, prophezeit französische Kreise, daß die längere Dauer habe. Willstrand rechne damit, am 14. Juli wieder nach Paris abzureisen und es ist möglich, daß die Arbeiten der Konferenz von diesem Tage ab durch Einzelkommissionen ausgeführt werden.

Was ist Wahrheit?

Die dürftige Darstellung des amtlichen Telegrammverkehrs über die Freitag-Sitzung, in der die Unterzeichnung des Entendittats über Entwaffnung und Abrüstung erfolgte, ließ die Frage offen, worunter eigentlich die Unterzeichnung des Herrn Reichspräsidenten gesetzt wurde. Wie die W. Z. an amtlicher Stelle hört, ist eine Veränderung des Militärprotokolls nicht vorgenommen worden, und die Unterzeichnung ist unter dem Zwang der Situation unter das ganze Schriftbild gesetzt worden. Allerdings ist von unserer Delegation ein Einpruch gegen die Unterzeichnung schriftlich zu Protokoll gegeben worden, der jedoch außerhalb der Entendittats nicht steht.

Diese Darstellung steht in unvereinbarem Widerspruch zu den Darlegungen, die Staatssekretär Albert im Reichstags-Plenar-Sitzung über die Unterzeichnungsleistung gegeben hat. Es geht nun von der ausgezeichneten Regie unserer Delegation, wenn es möglich ist, daß über eine kurze Unterzeichnung, wie die der Unterzeichnungsleistung, nach länger als 24 Stunden noch derart sich wiederholenden Meldungen möglich sind. Die deutsche Öffentlichkeit muß es sich nachdrücklich verbiten, daß in dieser geradezu unerhörten Weise Bericht gegeben wird.

Im Nachhinein die Ausführungen des Staatssekretärs Albert:
Der Sanitätsauschuß des Reichstages genehmigte heute den Etat des Reichswehrministeriums. Im Laufe der Verhandlungen machte der Staatssekretär Albert für die Ausführungen von den bisherigen Ergebnissen der Verhandlungen von Spa. Er betonte, daß es sich dabei im wesentlichen um eine Ergänzungsbilanz zum Friedensvertrag von Versailles zu handeln scheint. Obwohl George habe vor allem Wert darauf gelegt, festzustellen, daß der einzige Punkt der Verhandlungen nicht die Beschaffung der Wehrkräfte, sondern die Entwaffnung der deutschen Bevölkerung sei. Die Unterzeichnung dieser Maßnahme sei als Kernpunkt der Ver-

handlungen anzusehen. Schließlich betonte der Staatssekretär noch, daß die deutsche Regierung die Genehmigung des Rechts zum Einmarsch der Entente nicht mitunterfertigen habe, sondern die Unterfertigung sich lediglich auf die Ausführungen des Friedensvertrages auf militärischem Gebiet besiehe.

Keine Auflösung der Sicherheitspolizei

Wie die Germania berichtet, traf ein Telegramm aus Spa bei der Reichsregierung in Berlin ein, wonach die Entwaffnung der Sicherheitspolizei keineswegs deren völlige Entwaffnung oder gar deren Auflösung zu verstehen ist, sondern vielmehr nur die Entziehung schwerer Waffen und die Entmilitarisierung. Sodann würde also die Sicherheitspolizei als reine Polizeitruppe fortbestehen können.
Im preussischen Ministerium des Innern ist man, wie die Germania berichtet, ebenfalls der Auffassung, daß die in dem unterzeichneten Protokoll enthaltene Klausel über die Entwaffnung der Sicherheitspolizei keine Auflösung der Sicherheitspolizei als Polizeitruppe fordert und daß der Ausdruck Entwaffnung von der Entente mit Vorbehalt gemacht worden ist. Es ist daher an sämtliche Sicherheitspolizeistationen Preußens ein Rundschreiben erlassen, daß die Angehörigen der Sicherheitspolizei um ihre Zukunft nicht besorgt zu sein brauchen. Man nimmt an, daß kein einziger Beamter entlassen zu werden braucht. Warum es sich handeln kann, das ist die Aufgabe der Wehrverwaltung der Sicherheitspolizei. Jede Abteilung mit einer festen Bundesdienststation, in der durchschnittlich 200 bis 150 Mann verteilt über ein kleines Polizeigebiet. Diese Bewachung muß in Zukunft fortfallen, nicht aber wo die Bewachung mit Pistolen und Karabinern, da eine Polizeitruppe ohne diese Waffen verlosch wäre.

w. Brüssel, 10. Juli.

Nach einer Zeitungsmeldung aus Spa soll die internationale Finanzkonferenz, die sich jetzt hätte in Brüssel beizusammen zu stellen, auf ein späteres Datum verschoben werden sein.

Die zweimalige Besteuerung des Einkommens 1920

Von Dr. Ernst Oberjochen, Mitglied des Reichstages.

Nach § 56 des Entwurfes eines Reichseinkommensteuergesetzes sollte die erstmalige Veranlagung nach dem Reichseinkommensteuergesetz für das Rechnungsjahr 1920 auf Grund des Jahresverdienstes erfolgen, das der Steuerpflichtige im Kalenderjahr 1919 oder in dem vom Kalenderjahr abweichenden Wirtschaftsjahre (Betriebsjahr) bezogen hat, dessen Ende in das Jahr 1919 fällt. Diese Regelung würde insofern von der Mehrheit des Steuerausschusses der Reichstagskommission nicht gebilligt. Nach ihren Beschlüssen, die Annahme im Plenum fanden, soll die erstmalige Veranlagung für das Rechnungsjahr 1920 nicht nach dem im Kalenderjahr 1919, sondern dem im Kalenderjahr 1920 bezogenen Einkommen erfolgen. Da dieses Einkommen aber erst mit Ablauf des Jahres 1920 festgestellt, andererseits jedoch das Reich im Kalenderjahr 1920 nicht einmündelnd bleiben kann, ist im Absatz 2 bestimmt, daß bis zur ersten Veranlagung auf Grund des Reichseinkommensteuergesetzes vorläufig die Einkommensteuer zu erheben ist, die sich nach den Vorschriften der §§ 18—20 für das bei der letzten landesrechtlichen Veranlagung festgestellte Einkommen errechnet. Nach der Übergangsbestimmung des § 58 soll danach das Einkommen des Jahres 1920 (sowohl der Wertenertrag für das Jahr 1920 als auch für das Jahr 1921) zugrunde gelegt, also zweimal versteuert werden.

Es wird jetzt immer mehr klar, daß diese gesetzliche Regelung nicht der Gerechtigkeit entspricht, sondern zu unbilligen unentgeltlicher Art führt. Schon bei einem steuerpflichtigen Einkommen von mehr als 140 000 Mark beträgt die Steuer mindestens 50 v. H. von jeder weiteren Mark. Bei einem Einkommen über 500 000 Mark macht die Steuer sogar 60 v. H. des darüber Verbleibenden aus. Alles, was man im Jahr 1920 über 140 000 Mark verdient, verdient man also für den Fiskus. Denn die Einkommen, die zu unerschwinglichen Folgen, daß man zweimal mindestens 50 v. H. abgeben muß. Schon bei 160 000 Mark Einkommen beginnt aber der Steuerfuß über 50 v. H. zu steigen. Dem Steuerpflichtigen bleibt nicht nur nichts von seinen weiteren Einkünften, sondern je weiter verdiente Mark verdient er zu seinem eigenen Schaden. Je höher die Einkünfte sind, umso größer wird dieser Schaden. Bei einem steuerpflichtigen Einkommen von 496 666 Mark zehrt die Steuer das gesamte Jahresergebnis aus, und wenn das Einkommen noch weiter steigt, so hat man durch sein Einkommen einen Verlust, der immer höher wird, je mehr man verdient. Daß dies ungerecht und unbillig, ist gerade unrichtig, liegt auf der Hand. Es kommt dem Steuerpflichtigen der höhere Steuerfuß geradezu zu lächeln oder unmerklich zu arbeiten. Man kann doch von niemandem erwarten, daß er zu seinem Schaden Geld verdienen soll.

Das Abgehen von dem in der Begründung des Entwurfes eines Reichseinkommensteuergesetzes proklamierten Grundsatz, daß eine Veranlagung nur gerade sein kann, wenn das Einkommen herausgezogen wird, das der Steuerpflichtige wirklich bezieht, oder — da dies am Anfang eines Veranlagungszeitraumes noch nicht bekannt sein kann — bezogen hat, ist damit begründet worden, daß Vermögenssteuern der Jahre 1919 (Vermögenszuwachssteuer und Reichssteuer) die Steuerpflichtigen derart belasten, daß es nicht gerecht und entsprechend erweise das Einkommen aus dem Jahre 1919 für die Besteuerung im Jahre 1920 zugrunde zu legen. Diese Begründung trifft aber nur für die Kreise der Kapitalisten zu. Für die große Zahl derjenigen Personen, die ein eigenes Vermögen nur von ihrer Arbeit leben, hat das analoge Argument keine Geltung. Im Gegenteil! Handwerker, Laie- und Arbeiter, Angestellte sowie gewöhnliche Arbeiter, insbesondere die Angehörigen der freien Berufe, beziehen im Kalenderjahr 1920 infolge der Entwidlung der wirtschaftlichen Verhältnisse ein wesentlich höheres Einkommen als in den Vorjahren. Ein besonders deutliches Beispiel bieten die Einkommensverhältnisse der Reichs- und Staatsbeamten, für die die Reform des Besoldungswesens im Herbst eine merkliche Erhöhung ihrer Einkünfte in das Jahr 1920 fallt. Gerade diese Mehrverdienenden, die davon gemacht wird, die unter der Last der Zeit besonders leiden, wird durch die Regelung des § 58 des Reichseinkommensteuergesetzes betroffen, und zwar in einem Maße, daß schon in den mittleren Stufen die Einkommensaufbesserung zum erheblichen Teil wieder negativer wird.

Daß die hier geschilderten Unzulänglichkeiten dringend der Abhilfe bedürfen, wird doch niemand bestreiten. Ein Versuch dazu könnte sich zunächst in der Richtung bewegen, daß das einmalige Mehrverdienenden auch nur einmal, d. h. für 1921 versteuert wird, dagegen für 1920 außer Ansatz bleibt. Dem ersten Satz des § 58: „Die erstmalige Veranlagung auf Grund dieses Gesetzes erfolgt für das Rechnungsjahr 1920 nach dem Jahresverdienst, das der Steuerpflichtige im Kalenderjahr 1920 oder in dem vom dem Kalenderjahr abweichenden Wirtschaftsjahre (Betriebsjahr) bezogen hat, dessen Ende in dieses Kalenderjahr fällt“, wäre

Der Schicksalstag im Osten

Die Technik der Abstimmung

Seite ist der Tag der großen Volksabstimmung im Nordosten des Reichs, die über das Schicksal der im Friedensvertrag als „Abstimmungsgebiet“ bezeichneten Randstriche Ost- und Westpreußens entschieden soll. Da ist es an der Zeit, noch einmal mit nüchternen Worten und in gedrängter Form sich die Abstimmungschnik zu vergegenwärtigen.

Die Volksabstimmung wird unter Leitung einer internationalen Kommission durch eine in jedem der in Frage kommenden Kreise gebildete Kontrollkommission überwacht. Vorsitzender dieser aus insgesamt sechs Köpfen bestehenden Kommission ist je ein im Abstimmungsgebiet ansehnlicher Richter, der Deutscher oder Pole sein muß. Ist er deutsch, so enthält die Kommission außer ihm noch andere Deutsche und drei Polen, ist er polnisch, so unterbleiben ihm drei Deutsche und nur zwei Polen, so daß auf alle Fälle die Stimmengleichheit im Falle des grundsätzlichen Erfolges innerhalb der deutschen und polnischen Mitglieder der Kommission garantiert ist. Von Kontrollkommissionen, die, wie gesagt, die einzelnen Kreise leiten, sind wiederum Ab-

schließt sie. Jetzt beginnt der Abstimmungsakt. Von dem Beginn der Abstimmung bis zu ihrer Beendigung ist ein Protokoll in zwei Stadien zu führen, das den Verlauf der Handlung überdauert. Bezüglich dieser beiden Stadien, die in dem betreffenden Abstimmungsbezirk abzuwickeln sind, dürfen das Lokal betreten, die Abstimmenden haben ohne Waffen zu erscheinen. Jede Agitation wird unterbunden.

Um 8 Uhr abends hat der Vorsitzende die Abstimmung für geschlossen zu erklären. Die Urne wird im Gegenwart des Bureaus durch den Vorsitzenden geöffnet, die Stimmzettel genommen und gezählt. Am Tage nach der Abstimmung beginnt an den von der internationalen Kommission festgelegten Orten zu einer gewissen Zeit in öffentlichen Versammlungen und unter Teilnahme der vier Vorsitzenden der Kontrollkommission die Arbeit für die Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses jeder Gemeinde.

Ein polnisches Lügenflugblatt

Am Laufe des Freitag vertrieben die Polen im Allenthalbe und besonders in Ostpreußen ein Flugblatt, das in schamloser Weise eine erlogene Anweisung an die Bevölkerung vor der Abstimmung mit Wut und Jader karikiert werden soll, um nachher den Beobachtern um so höheres Mißtrauen zu erregen. Die Anweisung für Wut und Jader aufzuführen und die Kohlen als Ersatz zu benutzen. Die vermeintliche Anweisung soll dann durch spätere Aufträge der Gemeindeführer eingeleitet werden. Jeder Mensch der nicht ganz dumm ist, stellt auf den ersten Blick fest, daß diese Anweisung von oben bis unten erlogen ist. Es ist niemals eine solche Anweisung erlassen worden und der Betrüger ist für die Verbreitung der diese Anweisung herausgegeben haben soll, existiert überhaupt nicht. Diese Fälschung ist ein offenkundiges Schandstück, aber ungeachtet der Vorwürfe der Polen, die sie als Verfälschung des Abstimmungsaktes anführen, ist es ein Verbrechen, wenn das ganze Volk sagt: „Was ist das für Schandstück!“

Die Polen haben im westpreussischen Abstimmungsgebiet sogenannte „Gaulommans“ errichtet. Das sind Truppen von 15-20 Mann, die mit Handgranaten, Gummihüpfeln und Schlagringen besetzt sind und die Bestimmung haben, die deutschen Bewohnern zu bedeuten, sich nicht auf der Straße allein zeigen zu lassen, da sonst gewarnt sein müßten, von diesen polnischen „Gaulommans“ überfallen zu werden. Bei der internationalen Kommission für Westpreußen wurde die Aufhebung dieser „Gaulommans“ beantragt.

Am Deutschen Tage kam es auf dem Markt in Ghring bei Marienwerder zu Gewalttätigkeiten zwischen Polen und Deutschen. Als eben der Reichstagsabgeordnete Dr. Fischer zu sprechen anfangen wollte, wurde die Aufmerksamkeit durch die Schreie der Polen abgelenkt. „Gott heil die Polen!“ in die Menge hinein und war die Flugblätter aus. Ein Knäuel des Autos schlug mit einem Gummihüpfel auf einen Deutschen ein. Die erregte Menge sah die polnischen Agitatoren aus dem Wagen und drängte sie. Die Flugblätter wurden aufgefunden und unter Führung des Reichstagsabgeordneten Dr. Fischer über alles an Ort und Stelle verurteilt.

Die internationalisierte Kommission in Marienwerder erläßt folgende Verordnung: Vom Tage der Verkündung ab bis einschließl. 16. Juli 1920 ist jede Verletzung in Form von Schreien, auf Wachen und in öffentlichen Lokalen verboten. Die Verstoßungsbefugnisse sind mit der Durchführung dieser Verordnung beauftragt. Zuwiderhandlungen werden sofort bestraft, und gegen sie werden Strafen bis zu fünfzehn Tagen Arrest verhängt.

Die Vorbereitungen für die Abstimmung in Ostpreußen sind vollständig beendet. Die Abstimmung in Ostpreußen wird am 10. Juli in Ghring beginnen, die gesamte Bevölkerung einmündigen Alters nimmt an der Abstimmung teil.

Die litauische Regierung erhielt von der litauischen Regierung eine Einladung zur Teilnahme an der polnischen Staatskonferenz, die am 10. Juli in Warschau beginnt. Die litauische Regierung hat beschlossen, der Einladung Folge zu leisten.

Die litauische Regierung erhielt von der litauischen Regierung eine Einladung zur Teilnahme an der polnischen Staatskonferenz, die am 10. Juli in Warschau beginnt. Die litauische Regierung hat beschlossen, der Einladung Folge zu leisten.

Die litauische Regierung erhielt von der litauischen Regierung eine Einladung zur Teilnahme an der polnischen Staatskonferenz, die am 10. Juli in Warschau beginnt. Die litauische Regierung hat beschlossen, der Einladung Folge zu leisten.

Die litauische Regierung erhielt von der litauischen Regierung eine Einladung zur Teilnahme an der polnischen Staatskonferenz, die am 10. Juli in Warschau beginnt. Die litauische Regierung hat beschlossen, der Einladung Folge zu leisten.

Die litauische Regierung erhielt von der litauischen Regierung eine Einladung zur Teilnahme an der polnischen Staatskonferenz, die am 10. Juli in Warschau beginnt. Die litauische Regierung hat beschlossen, der Einladung Folge zu leisten.

Die litauische Regierung erhielt von der litauischen Regierung eine Einladung zur Teilnahme an der polnischen Staatskonferenz, die am 10. Juli in Warschau beginnt. Die litauische Regierung hat beschlossen, der Einladung Folge zu leisten.

Die litauische Regierung erhielt von der litauischen Regierung eine Einladung zur Teilnahme an der polnischen Staatskonferenz, die am 10. Juli in Warschau beginnt. Die litauische Regierung hat beschlossen, der Einladung Folge zu leisten.

Die litauische Regierung erhielt von der litauischen Regierung eine Einladung zur Teilnahme an der polnischen Staatskonferenz, die am 10. Juli in Warschau beginnt. Die litauische Regierung hat beschlossen, der Einladung Folge zu leisten.

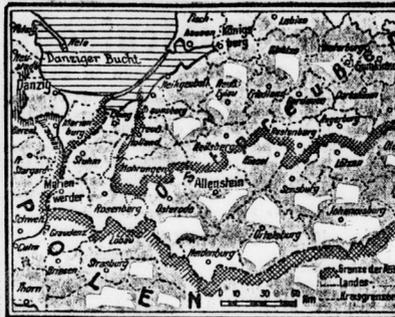
Die litauische Regierung erhielt von der litauischen Regierung eine Einladung zur Teilnahme an der polnischen Staatskonferenz, die am 10. Juli in Warschau beginnt. Die litauische Regierung hat beschlossen, der Einladung Folge zu leisten.

Die litauische Regierung erhielt von der litauischen Regierung eine Einladung zur Teilnahme an der polnischen Staatskonferenz, die am 10. Juli in Warschau beginnt. Die litauische Regierung hat beschlossen, der Einladung Folge zu leisten.

Die litauische Regierung erhielt von der litauischen Regierung eine Einladung zur Teilnahme an der polnischen Staatskonferenz, die am 10. Juli in Warschau beginnt. Die litauische Regierung hat beschlossen, der Einladung Folge zu leisten.

Die litauische Regierung erhielt von der litauischen Regierung eine Einladung zur Teilnahme an der polnischen Staatskonferenz, die am 10. Juli in Warschau beginnt. Die litauische Regierung hat beschlossen, der Einladung Folge zu leisten.

Die litauische Regierung erhielt von der litauischen Regierung eine Einladung zur Teilnahme an der polnischen Staatskonferenz, die am 10. Juli in Warschau beginnt. Die litauische Regierung hat beschlossen, der Einladung Folge zu leisten.



Abstimmungsgebiet in Ost- und Westpreußen.

Abstimmungsbezirke unterteilt. Jede Gemeinde und jeder Gutsbezirk bilden, wenn sie zahlenmäßig genügend stark sind, einen lokalen Abstimmungsbezirk. In den Abstimmungsbezirken sind nun die Abstimmungs-Bureaus eröffnet worden. Es wird bekanntlich in gemeindefreier und nicht ein bloß abgestimmt. In den Bureaus sind die Wähler einzutreten. Die Volksabstimmungsausgänge in Stärke von je vier Mitgliedern müssen in jeder Gemeinde gewählt werden. Für sie hatte man hierbei eine partiell deutsch-polnische Zusammenstellung beschließen. Es ergab sich aber bald, daß die vorhandenen Polen für diese Art der Zusammenstellung nicht in genügender Stärke vorhanden waren. Die Abstimmungslokale wurden unter Leitung des Vorsitzenden des jeweiligen Volksabstimmungsausganges hergerichtet. Die Ausschüsse leiteten die Bevölkerung am 6. Juli durch öffentliche Ansprache von der Bildung der Abstimmungs-Bureaus in Kenntnis.

Die Stimmzettel müssen von weitem Papier, 10 Zentimeter breit und 8 Zentimeter hoch sein; sie werden durch die Propagandaanschüsse der rivalisierenden Nationalitäten verteilt und tragen das in polnischer und deutscher Sprache getriebene Wort „Polen-polis“ oder „Litauen-Litauen“ oder „Litauen-Litauen“, wenn es sich nicht ausdrücklich erwähnt sein mag, nicht etwa über Verbleiben der Deutschen oder Übertragung an Polen, sondern über Verbleiben an Litauen abgestimmt. Um 8 Uhr vormittags am Tage der Abstimmung hat der Vorsitzende festzustellen, ob alle Mitglieder des Bureaus anwesend sind. Auf dem Tische des Bureaus wird eine Leere, zu verriegelnde oder zu verriegelnde Urne zur Aufnahme der Stimmzettel aufgestellt. Der Vorsitzende erklärt das Bureau für gebildet, stellt fest, daß die Urne leer ist und

sich in den Finger geschnitten oder Bums war von der Treppe gefallen. Oder Frigge hatte eine schlechte Jenur, oder Aitta bukte. Etwas war immer los bei Meermanns. Sie tiefen zwar der Doktor nicht, da wären sie ja nährlich gewesen, aber wenn er mit schlechtem Gewissen herauskam, er fand er sich sofort, daß er eigentlich kommen mußte, und daß sein Rat und seine Hilfe unentbehrlich waren.

Und da hatte dann der arme dumme Tien wieder sein Glückschicksal, nach dem ihn schon verlangt wie den Spieler nach den Würfeln, den Kränzer nach dem Weine, den taufend kleinen, bisfingigen Gründen vermochte er sein Begehren dann vor sich selber zu entschuldigen und zu belügen und die schreckliche Würgung, die sein Kommen stets dort oben in der kleinen, engen Wohnung empfing, die nächste seine Glückschicksache noch immer mehr.

Die Leute aber, zu denen es ihn zog, das waren Himmelsleute. Die fanden nichts dabei, daß er soviel berufsam, und freuten sich sogar noch darüber, und der Wurstmeister war ein würdevoller Himmelsmann, der mit Himmelsmeinen Augen die Bekoren betrachtete und in seinem Himmelsmeinen Augen eine Welt erhellte, als hätte er etwas zuviel gesehen, aber als er sie selbst etwa in seiner Burg droht. Er hatte, seit Röße bei ihm war, alle Fülle und Würde seiner Seele abgenommen und hatte fundergleich, von einem Tag zum andern, seinem Ausgang und seiner Kunst, und danach ward ihm die äußere Würde der Mauerflur ein gut empfundenes Gegenstück gegen allzu viel des Kleinen.

Röße Weermann empfand ein wenig erdenfester und praktischer. Aber im tiefsten Grunde war sie doch auch eine kleine Himmelsfrau. Das sie den Mann, der jetzt so oft zu ihnen herankam, einmal vor Zeiten einmal liebte, über alles lieb gehabt hatte, und daß die hieße Welt das wußte, das kam für sie gar nicht mehr in Betracht. Da hatte nur in einer kleinen, von begangenen Wirtshäusern leise durchströmten Minute sich in stolzer Scheu ein Wirtshaus erbaute und war in den darüber fortflutenden, jetzt hellen Lichtwellen des Tages wieder fortgeritten. Der jetzt zu ihnen kam, war der liebe Junge von damals, ein armer, freudvoller Kerl, ein alter Freund und Helfer in allerlei Nöten. Und

in ihrem erdenfester kleinen Kopfe mußte sie auch ganz genau, daß dies kleine ärztliche Besuche waren von der Art, bei der man jedesmal zitternd das Schicksal im Geldbeutel seiner reißen sieht, und als einmal ihr Himmelsmann einen irdischen Sorgenanfall bekam und sie halb entsetzt anstarrte: „Röße, mir ist was Schreckliches eingefallen — dies find mich alles Doktorbesuche — rechne doch mal aufzammen —“, da sah sie ihn an seinem langen Saße herunter und streichelte ihm die Backe: „Mein, mein dummer Mann, das ist doch nicht zu begreifen. Das nur auf, am Ende kannst du ihn noch eine Rechnung schicken, denn er soll sich selber die besten Arznei, als er selber verdrücken kann.“ „Na, na“, sagte der Himmelsmann, „von wem ist die denn?“ „Von Wurm und von Ebned“, sagte sie ohne Bedenken.

Diese Rechnung lief allerdings immer höher auf. Wenn sie ihn nicht immer wieder mit eisernen kleinen Frühen in die Wirtshäuser zurückgeschoben hätte, er hätte sich hier eingewickelt, als sei dies ein Jubel, und das Lere, prächtigend den Saß, die flüchtige Frau darinnen und die ganze Welt draußen wäre vergangen wie ein schlechter Traum.

Alles, was Tien in sich hatte, kam in der engen Kantorwohnung zum Vorschein, denn er war im Grunde ein ganz großer Kindermann.

Wie er toben konnte mit Frigge und Bums, während Röße in der Küche war, daß man denken konnte, das Gaus hing ein. Wie er die kleinen, zarten und die bishigen quengenden Mädchenhaftigkeiten der kleinen Aitta verstand und verlebte, und wie er den Schmeck zu halten mußte, besser als der eigene Vater! Das waren auch kleine ärztlichen Kunstgriffe, sondern das war richtiges, natürliches Familienleben. Was war der Tien für ein geborener Familienmensch! In da konnte er einem leich tun. Der hatte das Leben verstanden.

Was es daß er von seiner Kindheit her ein enges Frädel gewohnt war, aber mochte es hier bei dem Traum und Traum, jedenfalls gab es für ihn nichts Schöneres, als die kleine, enge Musikantenwohnung.

(Fortsetzung folgt.)

benannt“ angefügt: „Jedoch bleibt hierbei ein Mehr-Einkommen gegenüber dem bei der letzten landesrechtlichen Veranlagung zur Staats-einkommensteuer festgestellten Einkommen außer Betracht.“ Geht man aber auf den Grundlag zurück, daß die Veranlagung zur Einkommensteuer dem Feuerpflichtigen Jahres-Einkommen des dem Vermögensjahr unmittelbar vorausgegangenen Kalenderjahres zu erfolgen hat, so muß den Steuerpflichtigen aus für die Liebergangszeit das Recht gegeben werden zu verlangen, daß die Einkünfte des Jahres 1919 für die Veranlagung des Jahres 1920 zugrunde gelegt werden. Lassen sich von dem Steuerpflichtigen die hierfür erforderlichen Besteuerungsgrundlagen nicht mehr beschaffen, so wird ein Ausgleich in der Weise zu finden sein, daß man davon ausgeht, daß das Jahr 1919 schon eine Erhöhung der Einkommen um etwa 20 v. H. gebracht hat und dementsprechend einen Aufschlag zur Jahressteuer in Anschlag bringt. Demnach müßte der oben angegebene erste Satz des § 58 etwa folgenden Anknüpfung erhalten: „Auf Antrag des Steuerpflichtigen erfolgt jedoch die Veranlagung nach seiner Wahl entweder nach dem Jahres-Einkommen des dem Steuerpflichtigen im Kalenderjahr 1919 oder in dem vom Kalenderjahr abweichenden Wirtschaftsjahr (Vertriebsjahr) bezogen hat, dessen Ende-Auslauf in dieses Kalenderjahr fällt, oder auf Grundlage des in der letzten landesrechtlichen Veranlagung zur Staats-einkommensteuer festgestellten Einkommens mit einem Aufschlag von 20 v. H. zu der hiernach ermittelten Steuer.“

In irgend einer Form muß jedenfalls eine Lösung versucht werden. Sonst wird vor allem aus der Steuerfiskus der Beitragende sein. Denn nicht dieser, sondern die Steuerpflichtigen haben es in der Hand, die Einkommen des Jahres, 1920 zu erhalten.

Polen sucht Hilfe

h. Spa, 10. Juli.

„Gabas“ meldet: In Anwesenheit von Warshoff Joch hatte heute der polnische Ministerpräsident Grabski mit Lloyd George und Willeraud eine wichtige Unterredung. Er erbat um Intervention damit das im Vertrag begriffene Polen nicht von den Bolschewisten erdrückt werde. Lloyd George und Willeraud erklärten Grabski, daß es schwer halte, Polen materielle Hilfe zu leisten. Nach dem „Recht Parisien“ wurde ein Vorschlag Grabskis bei den Deutschen Munition kaufen zu dürfen, die zur Herstellung oder Auslieferung bestimmt waren, von den Alliierten abgelehnt, da der Friedensvertrag von Versailles solche Abtretungen nicht erlaube. Dagegen sind die französische, die englische und die italienische Regierung bereit, in ihren Parlamenten die nötigen Schritte zu unternehmen, um eine Hilfeleistung für Polen zu erlangen.

Dünaburg von den Bolschewisten besetzt

w. Reval, 10. Juli.

Nach hier eingegangenen Nachrichten sind die bolschewistischen Truppen südlich von Dünaburg bis zur lettischen Grenze vorgedrungen und haben die Verbindung zwischen der lettischen und der polnischen Front durchbrochen. Die lettische Regierung ist von den Bolschewisten erdrückt worden, den Dünaburg durch litauisches Gebiet nach Polen zu getrieben. Dünaburg, das von lettischen Truppen auf Befehl der Polen besetzt worden war, wurde von den Letten geräumt und von den Bolschewisten besetzt.

Das Schicksal der Verdächtigen

S. Rombon, 10. Juli.

Wann soll teile im Unterhause mit, daß die alliierten Regierungen von der deutschen Regierung die Auslieferung von 892 Personen gefordert hätten, die in einem Verzeichnis namentlich aufgeführt seien. Die Alliierten hätten der deutschen Regierung allerdings versprochen, einen Teil dieser Leute durch das Reichsgericht beurteilen zu lassen. Was die Türkei anbetrifft, mit der der Friedensvertrag noch nicht unterzeichnet worden sei, so hätte man auch von den Alliierten noch keinen Anspruch auf Auslieferung bekommen. Es sei unverständlich, daß sich irgendwelche Angehörige nach den neutralen Ländern geflüchtet hätten; die englische Regierung habe noch von keiner neutralen Regierung eine diesbezügliche Mitteilung erhalten.

Die Kinderlosen

Roman von Marie Diers.

Sie legte viel Wert auf das geruchlos arbeitende Räderwerk ihres Hauses, auf geschulte Dienerschaft, auf die Befolgung der neuesten Sitten und Modorvorschriften. Wenn sie die Gäste einmal durch irgend eine Einrichtung oder eine neue Anordnung verblüffen konnte, hatte ihr innerer Zustand den Gipfel der Seligkeit erreicht. Tien zwar in seinen unberechenbaren Einfällen durchfremde bisweilen ihre Kreise, aber ihn vergab sie das, er konnte tun, was er wollte, und das gerade fand sie dann recht „hilfflos“, wenn er in Anknüpfung in ihr von ganzem Druck erfülltes Zechenmerik kam und sich zwischen die Gäste auf einen ihrer Eschalen warf wie ein Dager, ein Wadichtzart. Tien verließ war sie immer noch in ihm, und da seine Mutterhaftigkeit diese Verliebtheit naturgemäß entwidete, blieb sie auf einer Stufe stehen, die in je und joweiligen Ehejahre einen Beizug von Albernheit bekam.

Doch war sie eine flüchtige, durchaus wirbelvolle Frau Doktorin, und selbst der Weid konnte nichts Schicksaliges gegen sie vordringen.

Wie war es, leer und jöhentlich. An ganz schlechten Tagen fragte sich Tien, wie er denn gerade zu solchem Dasein komme. Alle andern hatten Kinder wie nichts, und er sah da und quakte in die Luft. Wollte der liebe Gott ihn strafen? Vielleicht. „Ah, wenn er dachte, wie er es hätte machen sollen, da könnte man sich den Schabel daran entzweit denken. Aber die Mutter hatte es ihm eben damals so gesagt. So, was Mutter! Bis dahin was das vierte Gebot auch nicht mehr. Daß er sich mit niemandem wie ein Gängelbub habe lassen lassen, das war's, das wurde jetzt an ihm heimgelugt. Es kam, ob es nun richtig war oder nicht, daß er jetzt sehr häufig zu Meermanns ging. Da hatte einmal der kleinste Ebned ungebührlich in der Nacht gebrüllt, daß der arme Kantor seinen Schlaf getrieben hatte, und daß wie ein Laufen in seiner Klavierstunde lag. Oder die Frau Röße hatte

Amtliche Bekanntmachungen für den Saalkreis

Sanfereis
 des Herrn Bürgermeisters, Amts-, Gemeindevorstandes und
 Ortsvorstehers des Saalkreises.

Auf Dienstag, den 20. Juli, vormittags 10 Uhr, bezugsich
 die Sanfereis der Herrn Bürgermeisters, Amts-, Gemeindevorstandes
 und Ortsvorstehers des Saalkreises nach folgendem Beschlusse:
 1. Allgemeine Verwaltungsfragen.
 2. Steuererhebung in den Gemeinden auf 1920.
 3. Vieh- und Pachtregisteramt.
 4. Wohlfahrtsfragen.
 5. Schulverfassung.
 6. Sonstige Angelegenheiten.

Die mit Beibehaltung der Kontingenzen verbundenen Kosten sind
 von jeder Gemeinde selbst zu tragen.
 Am Tage der Beibehaltung des Gemeindevorstandes bzw. Amts- oder
 Ortsvorstehers ist die Entsendung eines Stellvertreters erwünscht.
 Halle, den 7. Juli 1920.
 Der Kreisaußschuß des Saalkreises.
 H. H. Hiele.

zur Aufhebung der Kreisstraßen des Saalkreises.
 Diejenigen, denen die Aufhebung der Kreisstraßen des Saalkreises
 übertragen worden war, ist folgendes Schreiben er-
 gangen:
 Nachstehend vorgedachte Beschlüsse geben mit Veranlassung,
 die darüber hinausweisen, daß den Gemeinden nur gute,
 unbeschädigte Ware zu liefern ist. Die Debitoren dürfen nicht wie
 bei den Gemeinden die erfüllbaren Forderungen für sich behalten und
 die Gemeinden die minderwertigen Abgaben. Gegenstandsfall
 ist mich gewarnt, einen Teil der Ration zurück-
 zuhalten.
 Es ist unzulässig, den Gemeinden einen Termin zur Ab-
 gabe der Straßen zu bestimmen, und wenn dann die Gemeinde
 bestimmte Menge zu liefern, so daß die Gemeinde gewarnt ist,
 die Lieferungen für ein Geschäft zu tragen. Für unnütze
 Ausgaben, die den Gemeinden daraus erwachsen, sind die Debitoren
 verantwortlich. Die Gemeinden sind, wenn die Debitoren
 nicht, in allen solchen Fällen die Forderungen aller gerade vor-
 handenen Vorräte zu fordern.
 Ferner erlaube ich um Mitteilung innerhalb dreier Tage, an
 welchen Gemeinden und wobei welcher Straßen sie bis jetzt
 geliefert haben, sowie welche Gemeinden noch zu beliefern sind,
 bis zu welchem Tage die Befestigung erfolgen soll.
 Halle, den 8. Juni 1920.
 Der Kreisaußschuß des Saalkreises.
 H. H. Hiele.

Wahl- und Klausenfeier.
 Unter den Schwestern und Brüdern des Maurers Herbarth in
 Friedrichshagen ist am 12. Juli 1920 eine Wahl- und Klausenfeier
 gefeiert worden. Aus dem Gehört wird deshalb ein Special-
 bericht veröffentlicht, in welchem die nach den höchstzulässigen
 Anordnungen des Herrn Regierungspräsidenten in Merseburg vom
 22. Mai 1912 erlassenen Bestimmungen, welche im
 5. Mai 1914 750 19. Stück des
 Regierungsblattes 1912 unter Nr. 582
 veröffentlicht sind, genau
 1914 582
 21. Stück des
 Halle, den 2. Juli 1920.
 Der Landrat des Saalkreises.
 H. H. Hiele.

Eintritt in die Sicherheitspolizei der Provinz Sachsen.
 Unter folgenden Bedingungen werden nach Einstellungen bei
 der Sicherheitspolizei der Provinz Sachsen vorgenommen:
 1. Die Eintretenden müssen das 22. Lebensjahr vollendet haben.
 Nach Ablauf von 12 Dienstjahren darf Bewerber nicht älter
 als 35 Jahre sein, Staats- und Militärdienstzeit wird an-
 gerechnet.
 2. Bewerber müssen bei einem Lebensalter von 22-25 Jahren
 mindestens drei Jahre, bei einem Lebensalter von über
 25 Jahren mindestens zwei Jahre gedient haben, davon
 mindestens ein Jahr an der Front.
 3. Bewerber müssen vollkommen gesund sein (polizeidienstfähig,
 nach dem alten Friedensbegriff selbstdienstfähig).
 4. Bewerber müssen militär- und zivilgerichtlich unbescholtener sein.
 5. Bewerber müssen vorläufig grundsätzlich nicht eingestellt
 werden, da der Etat für Bewerber bereits überschritten ist.
 6. Die Bewerber werden je nach dem während der Militärdienstzeit
 erreichten Dienstgraden als Unterwachtmeister oder
 Wachtmeister eingestellt. Beförderung zu höheren Dienst-
 graden erfolgt erst während der Dienstzeit bei der Sicher-
 heitspolizei. Bewerber ohne Dienstgrad werden, wenn sie
 vorbestehenden Bedingungen entsprechen, auch als Unterwacht-
 meister eingestellt.
 7. Die Bewerber haben Anspruch:
 a) auf Zuzugender von 1,50 M bis 18, — M, je nach dem
 Dienstgrad, dazu einen Leinwandausgleich von 7,91 M,
 b) freie Unterkunft,
 c) freie Verpflegung,
 d) freie Kleidung.
 e) freie ärztliche Behandlung.
 f) Verjüngung nach zwölfjähriger Gesamtdienstzeit im
 Staats- und Kommunaldienst.
 Halle, den 7. Juli 1920.
 Der Landrat des Saalkreises.
 H. H. Hiele.

Bekanntmachung.
 Es steht noch nach Meie zum Preise von 20 M für 50 kg ab
 Halle zur Verfügung.
 Entwürfen von Raminischen des Saalkreises hieran setzen wir
 Halle, den 6. Juli 1920.
 Der Kreisaußschuß des Saalkreises.
 H. H. Hiele.

Bekanntmachung.
 Es sind beständig und verpfichtet worden:
 1. der Gutsbesitzer Otto Bräuner in Dieskau zum Schöffen
 der Gemeinde Dieskau,
 2. der Schiedsmann Paul Wiedlich in Dalena zum
 Steuererheber der Gemeinde Dalena,
 3. der Privatmann Hermann Hoff in Schlettau 5. 2. zum
 Steuererheber der Gemeinde Schlettau 5. 2.
 Halle, den 8. Juni 1920.
 Der Landrat des Saalkreises.
 H. H. Hiele.

Schaffschieber.
 Am 12. Juli 1920 in der Zeit von 3 Uhr vormittags bis
 12 Uhr mittags beschlagnahmt die Technische Bundespolizei der
 Sicherheitspolizei Schaffschieber mit leichten Werten auf den
 Weinbergen abzugeben.
 Das gefahrene Gelände wird durch umfangreiche Polizeifor-
 mation abgeklärt werden. Am genannten Tage in der Zeit
 von 8 Uhr vormittags bis 12 Uhr mittags ist das Betreten des
 gesamten Gergzierplatzes lebensgefährlich. Folgende Straßen
 werden für den allgemeinen Verkehr gesperrt:
 a) Berlin-Göllwitz,
 b) Göllwitz-Gergzierplatz-Wirtshaus (Erdolungsheim) an
 der Nordseite der Dölauer Weide-Damm,
 c) Berlin-Wirtshaus (Erdolungsheim) an der Nordseite der
 Dölauer Weide-Göllwitz an der Dölauer Weide (Weide-
 berg).
 d) Südwestliche Gollwitz-Gergzierplatz.
 Den Bewohnern der ausgetheilten Posten ist unbedingt Folge
 zu leisten.
 Halle, den 8. Juli 1920.
 Der Landrat des Saalkreises.
 H. B. S a u l y, Regierungsbüro-Beauftragter.

Verteilung.
 In der Woche vom 11.-17. Juli 1920 kommen auf die Feit-
 markt Nr. 8 im Saalkreis an Speisefleisch zur Verteilung:
 100 g Margarine zum Preise von 2,90 M an einen Ver-
 forgerberechtigten;
 100 g Butter an einen Selbstverforger.
 Halle, den 5. Juli 1920.
 Kreisstellen des Saalkreises.
 H. H. Hiele.

Wo treffen wir uns nach dem Rennen?

Vor und nach dem Rennen
 sorgfältig zubereitete
Saison-Gerichte
 Springelobende Edelkrebse.
 Pflärsch-Bowle.
Weinstuben Pfeiffer & Haase
 Ludw. Wachterstrasse 70
 Ecke Lessingstrasse.

Café Rothnick,
 Bernburgerstr. 5.
 Empfehle meine der
 Neuzeit entsprechenden
 :: Lokalitäten. ::

Weinstuben
 der Firma **Joh. Grün,**
 Rathausstr. 7 = Inh. Arthur Roth.
 Vorzügliche Küche :: Bekannt gute Weine.
 Fernsprecher 6271.

Kaffeehaus Roland,
 Inh. Carl Lange.
 Marktplatz 22. — Fernruf 9636.
 Aeltestes Konzertkaffeehaus.
 Bester Aufenthaltsort nach dem Rennen.

Der Sportmann liest täglich die
„H. Z.-Sportberichte“

Treffpunkt aller Sportfreunde

 Gr. Ulrichstr. 44. Gr. Ulrichstr. 44.
 Barbetrieb. Deutsches Musik.
Erstklassige Wein- und Likörstuben.
 Fernsprecher 4916. Bruno Krüger.

Grüne Tanne, Zöberitz.
 Inhaber: Carl Hensel.
Schönster Ausflugsort.

Hotel Metropol
 Gr. Steinstr. 64
 Täglich
 Orchesterkonzert.
 Gutes Speisen
 und Getränke.
 Angenehmer
 Aufenthalt
 vor und nach
 dem Rennen.

RENNWELT

 Verlag Paul Wache,
 Breslau I,
 Ohlauerstraße 1/2 II.
 Telegr.-Adr.:
Rennewelt-Breslau.
 Telefon: Ring 2649.

Geplant wird Zusammenkunft
„Alter Rofleber“
 in Halle erste Septemberwoche.
 Besprechung wichtiger, unsere Schule
 betreffende Angelegenheiten. Zeit und Ort
 wird noch mitgeteilt. Alle Rofleber
 aus Halle und Umgegend wollen ihre
 Anschrift geben an **Dr. v. Löbbecke,**
 Krusenbergstraße 141.

Sport-Artikel
 für
 Fußball, Tennis,
 Tischtennis, Rad-
 fahren, Reiten,
 etc.
 Schöne Nach-
 tische.
 H. F. Ebermann,
 Gr. Steinstr. 84.

Deutschlands anerkannt beste Rennsportzeitung brachte in wenigen Monaten die
 besten Voraussagen unter allen Fachzeitungen.
147 Siege und 125 Plätze,
 darunter: Kompost 100:31 Eberesche 132:28 Seigneur 63:21
 Meinhard 88:17 Wanderfalk 94:24 Felcher 78:19
 Armerier 63:26 Freilauf 100:28 Flieger 54:17
Sperling 309:41 Wintersaat 67:18 Herold 51:16
 Rosenbusch 63:17 Persicus 69:16
Der Start. Es gibt keine Information, die mit solcher Sicherheit
 jeden Sportsfreund über die Rennen orientiert.
 Größtes Aufsehen in den Sportskreisen.
 Für die Rennen zu Halle bereits erschienen u. an den Zeitungsverkaufsstellen der Firmen
Schlele-Sophienstrasse 32, Hirte & Sohn
Bernhard Mattfeld zu haben.
 Kein Sportsfreund darf ohne diese beiden Informationen die Rennen besuchen.

Gustav Schenk
 Wagenfabrik
 Gegr. 1878. Cöthen-Anhalt. Teleph. 700.
 Anfertigung sämtlicher Arten
 Luxuswagen, Geschäftswagen, Ka-
 rosserie in eigenen Werkstätten.
 Grosses Lager in Landauern, 6sitz.
 Jagdwagen mit Schiebeseitz, 4sitz.
 Dogcart, 4sitz, Jagdwagen, Park-
 wagen, Selbstfahrer usw.
 Kutschgeschirre sowie sämtl. Reit-
 und Fahrutensilien stets am Lager.



Vernichtung der deutschen Flugzeugindustrie in Spa

Auf der Konferenz von Spa werden auch Fragen der Luftpolitik zur Verhandlung gelangen. Deutsche wie englisch-französische Botschafter...

Die Luftpolitik ist in den Kreis der Verhandlungen von Spa durch die dritte der nach der Konferenz von Spa...

Die deutsche Luftfahrt muß heute in erster Linie als ein Faktor unserer Wirtschaftspolitik betrachtet werden.

Die Wiedereingliederung seiner wirtschaftlichen Freiheit auf dem Gebiet der Luftfahrtindustrie...

Die Wiedereingliederung seiner wirtschaftlichen Freiheit auf dem Gebiet der Luftfahrtindustrie...

Die Wiedereingliederung seiner wirtschaftlichen Freiheit auf dem Gebiet der Luftfahrtindustrie...

kaifer Vertrag Deutschland am 10. Juni des Jahres angelegte Rettung seiner Luftfahrtindustrie...

Man kann wohl sagen, es ist nichts anderes, als die völlige Zerschlagung der friedlichen deutschen Luftfahrtindustrie...

Die deutsche Luftfahrt muß heute in erster Linie als ein Faktor unserer Wirtschaftspolitik betrachtet werden.

Die Wiedereingliederung seiner wirtschaftlichen Freiheit auf dem Gebiet der Luftfahrtindustrie...

Die Wiedereingliederung seiner wirtschaftlichen Freiheit auf dem Gebiet der Luftfahrtindustrie...

Die Wiedereingliederung seiner wirtschaftlichen Freiheit auf dem Gebiet der Luftfahrtindustrie...

Die Wiedereingliederung seiner wirtschaftlichen Freiheit auf dem Gebiet der Luftfahrtindustrie...

Die Wiedereingliederung seiner wirtschaftlichen Freiheit auf dem Gebiet der Luftfahrtindustrie...

Die Wiedereingliederung seiner wirtschaftlichen Freiheit auf dem Gebiet der Luftfahrtindustrie...

Die Wiedereingliederung seiner wirtschaftlichen Freiheit auf dem Gebiet der Luftfahrtindustrie...

Die Wiedereingliederung seiner wirtschaftlichen Freiheit auf dem Gebiet der Luftfahrtindustrie...

Die Wiedereingliederung seiner wirtschaftlichen Freiheit auf dem Gebiet der Luftfahrtindustrie...

Die Wiedereingliederung seiner wirtschaftlichen Freiheit auf dem Gebiet der Luftfahrtindustrie...

Die Wiedereingliederung seiner wirtschaftlichen Freiheit auf dem Gebiet der Luftfahrtindustrie...

Die Wiedereingliederung seiner wirtschaftlichen Freiheit auf dem Gebiet der Luftfahrtindustrie...

Aktiengesellschaften

kontinentale Gesellschaft für elektrische Unternehmungen Nürnberg. Die ständig zunehmende Verwertung der elektrischen Energie...

Aktienbesitzer-Gesellschaft. Eine am 27. Juli er. stattfindende außerordentliche Generalversammlung...

Aktienbesitzer-Gesellschaft. Eine am 27. Juli er. stattfindende außerordentliche Generalversammlung...

Aktienbesitzer-Gesellschaft. Eine am 27. Juli er. stattfindende außerordentliche Generalversammlung...

Aktienbesitzer-Gesellschaft. Eine am 27. Juli er. stattfindende außerordentliche Generalversammlung...

Aktienbesitzer-Gesellschaft. Eine am 27. Juli er. stattfindende außerordentliche Generalversammlung...

Aktienbesitzer-Gesellschaft. Eine am 27. Juli er. stattfindende außerordentliche Generalversammlung...

Aktienbesitzer-Gesellschaft. Eine am 27. Juli er. stattfindende außerordentliche Generalversammlung...

Aktienbesitzer-Gesellschaft. Eine am 27. Juli er. stattfindende außerordentliche Generalversammlung...

Aktienbesitzer-Gesellschaft. Eine am 27. Juli er. stattfindende außerordentliche Generalversammlung...

Aktienbesitzer-Gesellschaft. Eine am 27. Juli er. stattfindende außerordentliche Generalversammlung...

Aktienbesitzer-Gesellschaft. Eine am 27. Juli er. stattfindende außerordentliche Generalversammlung...

Aktienbesitzer-Gesellschaft. Eine am 27. Juli er. stattfindende außerordentliche Generalversammlung...

Aktienbesitzer-Gesellschaft. Eine am 27. Juli er. stattfindende außerordentliche Generalversammlung...

Aktienbesitzer-Gesellschaft. Eine am 27. Juli er. stattfindende außerordentliche Generalversammlung...

Wichtiges und Siegeszug

Ein großes britisches Donauunternehmen. Die „Times“ erzählt, hat sich ein mächtiges Donauunternehmen gebildet...

Ein großes britisches Donauunternehmen. Die „Times“ erzählt, hat sich ein mächtiges Donauunternehmen gebildet...

Ein großes britisches Donauunternehmen. Die „Times“ erzählt, hat sich ein mächtiges Donauunternehmen gebildet...

Ein großes britisches Donauunternehmen. Die „Times“ erzählt, hat sich ein mächtiges Donauunternehmen gebildet...

Ein großes britisches Donauunternehmen. Die „Times“ erzählt, hat sich ein mächtiges Donauunternehmen gebildet...

Ein großes britisches Donauunternehmen. Die „Times“ erzählt, hat sich ein mächtiges Donauunternehmen gebildet...

Ein großes britisches Donauunternehmen. Die „Times“ erzählt, hat sich ein mächtiges Donauunternehmen gebildet...

Ein großes britisches Donauunternehmen. Die „Times“ erzählt, hat sich ein mächtiges Donauunternehmen gebildet...

Ein großes britisches Donauunternehmen. Die „Times“ erzählt, hat sich ein mächtiges Donauunternehmen gebildet...

Ein großes britisches Donauunternehmen. Die „Times“ erzählt, hat sich ein mächtiges Donauunternehmen gebildet...

Wichtiges und Siegeszug

Ein großes britisches Donauunternehmen. Die „Times“ erzählt, hat sich ein mächtiges Donauunternehmen gebildet...

Ein großes britisches Donauunternehmen. Die „Times“ erzählt, hat sich ein mächtiges Donauunternehmen gebildet...

Ein großes britisches Donauunternehmen. Die „Times“ erzählt, hat sich ein mächtiges Donauunternehmen gebildet...

Ein großes britisches Donauunternehmen. Die „Times“ erzählt, hat sich ein mächtiges Donauunternehmen gebildet...

Ein großes britisches Donauunternehmen. Die „Times“ erzählt, hat sich ein mächtiges Donauunternehmen gebildet...

Ein großes britisches Donauunternehmen. Die „Times“ erzählt, hat sich ein mächtiges Donauunternehmen gebildet...

Ein großes britisches Donauunternehmen. Die „Times“ erzählt, hat sich ein mächtiges Donauunternehmen gebildet...

Ein großes britisches Donauunternehmen. Die „Times“ erzählt, hat sich ein mächtiges Donauunternehmen gebildet...

Ein großes britisches Donauunternehmen. Die „Times“ erzählt, hat sich ein mächtiges Donauunternehmen gebildet...

Ein großes britisches Donauunternehmen. Die „Times“ erzählt, hat sich ein mächtiges Donauunternehmen gebildet...

Berliner Börsenberichte

Börsenrichtungsbericht. Unter dem Eindruck der neuen Notierungen der Aktien...

Börsenrichtungsbericht. Unter dem Eindruck der neuen Notierungen der Aktien...

Börsenrichtungsbericht. Unter dem Eindruck der neuen Notierungen der Aktien...

Börsenrichtungsbericht. Unter dem Eindruck der neuen Notierungen der Aktien...

Börsenrichtungsbericht. Unter dem Eindruck der neuen Notierungen der Aktien...

Börsenrichtungsbericht. Unter dem Eindruck der neuen Notierungen der Aktien...

Börsenrichtungsbericht. Unter dem Eindruck der neuen Notierungen der Aktien...

Börsenrichtungsbericht. Unter dem Eindruck der neuen Notierungen der Aktien...

Börsenrichtungsbericht. Unter dem Eindruck der neuen Notierungen der Aktien...

Börsenrichtungsbericht. Unter dem Eindruck der neuen Notierungen der Aktien...

Das Vaterland in dem deutschen Drama

Von E. A. Georgy-Calle.

7. Das Vaterland überall und immer.

Die Reihfolge dieser sechs Darbietungen „Das Vaterland in dem deutschen Drama“ schlug uns als Schlüsselwort überall und immer die Aufgabe des Vaterlandes mit seinen fittbaren Werten und das Herz bewegenden Unmöglichkeit machtvoll entgegen und, lassen wir uns nur geben, tief in den Boden unseres Innern hinein. Der Weg aus der Menschheit in die Menschheit führt durch den hohen Lebenswert Vaterland. Selbst eine dramatische Fiktion wie „Kriegs-Katzen der Welt“ mit ihrer aus dem reinen und freien Menschentum geborenen Energie ist in so herortragender besonderer Weise von den Goldwunden der Lebenswerte des Vaterlandes durchsetzt, daß wir sie dieser Reihfolge anschließen dürfen. Ohne die Entwicklung der nun einmal so und nicht anders gegebenen Lebensform und Kultur des Vaterlandes war weder in diesem Drama diese noch in einem anderen eine bestimmte andere Energie als lebengabender Gedanke möglich und daher notwendig. Und wiederum ist es nur durch die Vermittlung einer so gewaltigen zugleich idealen und realen Macht wie das Vaterland möglich, daß die eben hohen und tiefgründigen Wirklichkeiten älterer Darbietungen dem unfaulen Gewissen von heute in demselben tiefen und warmen Glanze wieder vor uns die ersten Zeugnissen.

Das unwillkürlich entdeutlicht sich auf diesen Gedanken zusammenhang das große Schillerische Drama. Die Wesen der Nation haben von ihm gerührt: es hat durch den hohen Klang der Gedanken, die Reinheit der Bemessung, die Größe der Seele und die Tiefe des Gemütes in erster Linie die Wiedergeburt des deutschen Volkes mit heraufzuführen und die Schlacht bei Leipzig mit gewinnen helfen. Wir konnten nur eben von dem einen „Wilhelm Tell“ die überwindende Kraft des Vaterlandes in dem lebengabenden Gedanken fassen. Von den übrigen Dramen dieses Zusammenhangs trift gerade die einen fremdbildlichen Stoff behandelnde „Jungfrau von Orléans“ eine besonders warmeherge volksländische Stimmung aus. Wäre nur, um nur im Vorbeigehen einer einzigen Weise zu gedenken, Graf Dainos Wort zu seinem König „Nichtswürdig ist die Nation, die nicht ihr alles freudig gibt an ihre Ehre“ in allen Phasen des Weltkriegs der Weisheit des deutschen Volkes gewesen; es wäre zu einem ehrenvollen Frieden und zu einer Reformation an Haupt und Gliedern, niemals zu der Wut und Saft auszugetragenen Revolution gekommen. Zu der Trilogie „Wallenstein“ ringt das Recht des Genies auf rückhaltloses Vertrauen an der Spitze des Geistes im Kampfe für das Vaterland, mit der aus dem Kampf der gemeinen Mittellosigkeit, niedrigen Gesinnung, unmöglichen Kleinlichkeit und flehmütigen Verzweiflung aufgetragenen Feindschaft.

Wir gedenken des „Prinzen Friedrich von Homburg“ und der „Herzogsinnin“ von Heinrich von Kleist. Deselben Verfassers „Kathbin von Heilbronn“, „Familie Schroffenstein“, „Der zerbrochene Krug“, „Bentheim“, ja selbst sein Fragment „Robert Schenck“ sind voll des mildtätigen süßen Weises reiner vaterländischer Stimmung. — Das deutsche Vaterland leuchtet in der Wahrheit, Klarheit und Macht der Erkenntnis und der Tat uns ebenso aus „Schubert von den beiden Wäldern“ mit seiner Gabe Käthe verlor, „Benigna“ wie aus deselben Dichters unermüdeten Gemütes gesungenen „Gugus“ und „sein Ring“, „Gerodes und Marianna“ und seiner Judith. Würden die Lang- und beisehrten Führer, wenn wir sie nur endlich hätten, in Beziehung auf die Vegetierung vom 4. August 1914 und angelehnt der großen Daten des Weltkriegs zum deutschen Volke nicht in der Weise Judiths sprechen: „Sag es euch nicht gewakt wie Gottes Räte? Wollt ihr es jetzt dulden, daß man euer tiefes Gefühl der Liebe zehlt? Oder fordert nicht aus dem dobenlos vertornten Volke unabhänge, schändliche Anlässe Judiths Wut- und Erntewort heraus: „Sagt ihr im Unglück, das euch trifft, nur eine Aufforderung, es euch durch Gemeinheit zu verdienen?“

Ganz andere, bisher nicht vernommene, Weisen spricht das Vaterland zu uns aus Goethes „Gök von Verlichungen“ und „Camont“. Dort hat es in mahndem strengem Ernste: Gewalt, aus im besten Glauben vertritt, macht sich schuldig. Wie aber der bei manden Schändlichen doch treffliche Kenner Maximilian des „Abellen“ und „Randsderraters“ Gök Zaten beurteilt wissen will, gibt unserer Regierung von gestern und heute in einer gewöhnlichen klaffenden Weise ihre Stellung zu dem Unternehmern der Stopp-Gürtels und ihrer Wannen. Dagegen gibt uns Goethes „Camont“ den trostlosen Anblick des vollständigen Zusammenbruchs eines wohlhabenden, auf seine politischen Rechte, ehrenreichen Bürgerturns in sozialer Schwäche, politischer Zerfahrenheit, fittlicher Verkommenheit und niederundtöner Salklosigkeit vor einem neu aufgehenden Gewaltregiment.

So atmet uns das Vaterland aus jedem Gaudie dieser und aller anderen Dramen an, sofern sie nur wahre Kunstwerke sind. Ganz abgesehen von der geradezu phänomenalen Aktualität vieler dieser Dramen ihrem Stoffe und Gehalte und die Menge schlagender klaren Weisen, in denen durch den Mund seines großen Sohnes das arg geschundene und verachtete Vaterland uns bald strafend, bald lobend und

empfortragend mahnt. Immer hören wir die weisvollen Weisen der reinen Priesterin zu dem Genossen in dem verworrenen Sinnen und dem zerrütteten Gemüte: „Kannst du ein freundlich Wort vernommen?“ „Wein Schicksal ist an betnes fest gebunden.“ „Gib gebe dir zu neuer Hoffnung Licht.“ In dem deutschen Drama stellte sich uns des Vaterland mit seinen tiefen und urehrenden Verstand und dem unerfütterlich tiefgründigen Gemüte dar. Diese seine unerschütterbaren Mächte stellt es der von uns verschuldeten äußeren Verschuldung entgegen. So löst auch aus abgrundtiefer Söhntur und Zusammenbruch ein Weisgehen von den großen Kräften und hohen Gaben des deutschen Weisens und deren Bewahrung in den großen Angelegenheiten des Vaterlandes, der europäischen Völkervermittlung und der Menschheit. Das Vaterland in dem deutschen Drama ist die Tat. Bedeutende Männer und Frauen ringen, an den von dem Vaterlande nun einmal gegebenen Wirklichkeiten auf Grund der aus dem Vaterlande verankerten Gaben und Kräfte zu dem Wohl der Gestalt zu kommen. Bewußtlich ist sich oder unbewußtlich ist sich nicht, immer steht in dem Kampfe die zur Tat gewordene Gestalt. Alle diese handelnden und lebenden Menschen vor uns denken, empfinden und wirken aufeinander und uns, indem sie in einem großen Schachbause alles entnehmen, womit sie sich als unereseligen im Guten wie im Schlimmen ausweisen, dem Vaterlande. In einem uralt ewigen Gebebe der Menschheit, das doch immer in fatten frischen Farben strahlt, arbeiten diese handelnden und lebenden Menschen da vor uns, und dienen doch an den Wirklichkeiten ihres Volkes und Vaterlandes und werden durch dieses Dienen: Dietrich von Bern und Wolgast; aber auch die anderen großen Gestalten, die an unseren nicht ab, Wieche dem herten Schuld aufrednen, da es gegenseitig viel zu verlieren und bezugehen, zu einigen, zu führen und zu heilen gibt. Da ist zuletzt nur doch die Liebe die größte unter den Tugenden. Nun wir miteinander, wie Iphigenie an dem Volksgenossen tat, ein und bedeutender Schritt zur Rettung des Vaterlandes ist geschehen. „Da bringe süßes Rauchwerk in die Flamme. O laß den reinen Hauch der Liebe dir die Blut des Säusens leise fihlen.“

Nochmals die Marne 1914

Von Generalmajor von Borries.

(Zorn's bester.)

(Schluß.)

Die ersten Siege, die beide deutsche Flügel gegen die Belgier und die anbrängenden Franzosen erlitten, waren keine Cannon- oder Sedanische im Sinne des Großen Schließens; die Fülle der Trophäen fehlte. Die Heiden, die die Armee-Oberkommandos mit der Obersten Besetzung verbanden, waren locker und nicht zu scharfer Fügelführung gestrafft. Den eigenen Entschlüssen der Oberbefehlshaber war weitester Spielraum gelassen; wo er eingeschränkt wurde, geschah es durch das benehliche Mittel, einen der Oberbefehlshaber über die benachbarten Armeen zu stellen. Wunder wurden getan im stürmischen Draufgehen und Vorwärtstreiben; aber die keine Feldherrnkunst, die den Gegner aus Schlingen und Fallen gerieten ließ, um ihn in völliger Umsinglung zu ertöten, kam nicht zur Geltung. Es war auch keine planlose Flucht, in der der Feind zurückwich; im Gegenteil, nachdem seine ersten Siege gelehrt waren, verstand er beim Rückzug sehr wohl selbstwütig zu handeln. Bis zum 26. August berückten alle Armeen an die Oberste Besetzung, die in Koblenz den Ereignissen fernstand, von großen Ertolgen und, wenn auch keine Vernichtung der gegnerischen Kräfte festzustellen war, unter denen man jetzt auch an linken französischen Flügel die Engländer wachte, so glaubte man in der Front fe hoch getrimmt zu haben. Das glaubte auch die Oberste Besetzung; der entscheidende Sieg im Westen, der Augenblick war da, Kräfte nach dem Osten hinüberzuwerfen, wo die süßlichen Massen im Begriff standen, als Dampfwolke vorwärtszurollen, das überreichliche Heer und die schwachen deutschen Kräfte zu ertöten. Wieder fragt man sich erschüttert: Wo war in der Obersten Besetzung das Auge, das mit unbefehllicher Treue die Tötungen sah, wie sie waren, nicht wie sie im Spektrum der Siegesmeldungen und der eigenen heftigenden Vortellungen zu sein schienen? Wirklich, man hielt diesen Zeitpunkt für geeignet, nicht weniger als 6 Korps aus der Westfront herauszuwerfen, sie nach dem Osten zu verfrachten, davon 4 aus dem ohnehin geschwächten rechten Flügel. Unter dem Einbruch der Schlacht von Tannenberg, die ohne Kräftezuwachs genannt wurde, sind später allerdings nur 2 Korps abbeordert worden, das XI. und das Garde-Reservekorps, aber gerade sie waren von rechts genommen. Und der Feind? Am 25. August, als Wolffe meinte, die Westfront schwächen zu können, traf Joffe die allerersten Vorkehrungen, um dem deutschen Siegeslauf im Norden Frankreich zu hemmen; sie richteten sich gegen die rechten Flügel. Selbstverständlich gegen die offene rechte deutsche Flanke. Von entscheidender Niederlage des Feindes war keine Rede.

Die Schwächung des rechten Flügels ging weiter; immer von neuem wurde der Feind gelockt, wo er sich auch entgegenstellte, indes der Vernichtung mußte er sich regelmäßig zu entziehen. Obwohl das Bild glänzend war, zeigte es doch schon viele dunkle Stellen. Die Ueberentimmung im Kampf sollte häufig, oft gab es Anagen, in denen die Kräfte nicht langten, Reibungen entliefen, Rücken blieben, ernste Gefährdungen überwinden werden mußten. Die Oberste Besetzung suchte zwar die Bewegungen durch Zirkeln zu regeln, aber ihre Weisungen, die fern der Front in Koblenz, vom 30. August an in Luremburg gegeben wurden, entpanden fast niemals den tatsächlichen Verhältnissen, legten die Oberkommandos nicht in das Bild der Gesamtlage und wurden meist durch die Ereignisse überholt. Am 28. August behnte die Oberste Besetzung den Rückgang des rechten Flügels von Verdun bis in die Gegend westlich der Die aus, so daß die 1. Armee ihr Ziel westlich von Paris an der unteren Seine zu finden hatte; schon am Tage darauf mußte dieser Reserveskorps, der die Last der Flankensicherung und der geplanten Umfassung des linken feindlichen Flügels trug, aus der südwestlichen in die südöstliche Richtung übergeben, um der 2. Armee in der Verfolgung des bei St. Quentin geschlagenen Feindes beizugehen. Die Schürmung des rechten Flügels begann damit und setzte sich fort. Am 2. September befaß Generaloberst v. Wolffe, daß der Gegner vor dem rechten Flügel in südöstlicher Richtung von Paris abzurücken sei; die 1. Armee sollte namentlich der 2. rechts rückwärts folgen. — Abermals eine Bewegung der Kampfront, die das Heerlager von Paris in die Platte der 1. Armee brachte, und eine Unmöglichkeit insofern, als die Rückwärtsstufung der 1. Armee gefordert wurde! Denn diese 1. Armee war durch ihren unerschütterlichen Siegeslauf bereits vorwärts getrieben; wer sollte den Feind von Paris abdrängen, wenn sie es nicht tat? Die 1. Armee blieb daher im Bormark über die Marne und eilte der Seine zu. Da gab die Oberste Besetzung bereits am 4. September einen neuen Befehl aus: 1. und 2. Armee sollten zwischen Die und Seine die Front von Paris abdrängen, die 3. bis Prozes weitergehen. Das war der billige Verzäkt auf die Umfassung des linken feindlichen Flügels, der Ueberlegung aus dem Anzweifeln in die Verteilung zur Abwehr feindlicher Flankenschieße aus Paris, die abermalige und gründlichste Schürmung der Kampfront. Wie war diese Weisung zustande gekommen?

Bis über den 1. September hinaus hatte die Oberste Besetzung immer nach links geteilt in der Hoffnung, daß es der 6. und 7. Armee vor der Stellungslinie Nancy-Comblé doch noch glücken würde, die Wand einzurennen. Allmählich spand der Glaube, besonders nachdem bekannt geworden war, daß der Feind die 1. Armee durch die Flanke straks umfassen würde, daß Paris befürderte. Er verließ sein Schwergewicht nach links, und die Oberste Besetzung mußte ihm wohl oder übel diesen Schwachzug nachstun; die Ueberlegung von 8 Armeekorps vor der Stellungsmauer hatte ihr die Vorhand entzogen. Am 5. September wurde die Abbeorderung eines Teils des linken Flügels zum rechten befohlen; das Schwergewicht kam nach rechts. Zehn Tage zu spät! Diese Truppen konnten die an der Marne kämpfenden Kanaraden nicht mehr rechtzeitig erreichen, konnten nur als Aufnahmehelfer, wenn der rechte Flügel zurückgedrängt wurde. Und doch blieb ein Teil der Vertikalen bestehen, das doch der Schloß links fallen konnte; während die drei Armeen des äußersten rechten Flügels angehalten wurden, sollten 4. und 5. Armee und der Rest der 6. und 7. Armee nach wie vor verziehen, den Feind zu folgen. Von doppelter Umfassung war aber keine Rede mehr, und auch die Abdrängung des Gegners in südöstlicher Richtung gegen die Schweizer Grenze spielte kaum noch eine Rolle; der eigene rechte Flügel war aus Paris schwer bedroht, der linke mußte daher durch Angriffe verziehen, den Wüßig feindlicher Kräfte dorthin zu hemmen.

Niemals wurden diese Weisungen der Obersten Besetzung vollendet; denn nun griff der Feind ein, dem es verrietet gegeben war, in planmäßigen Rückzug und durch Schladungen gegen unsere rechte Flanke eine umhüllende Schladordnung aufzubauen und aus ihr den ganzen rechten deutschen Flügel am 6. September von der Mars südlich Verdun bis in die Gegend nördlich von Paris anzujagen. Es war das blühende Bergelungsschwerdt, das er schickte, nachdem er die Last der Niederlagen und des Wüßiges durch schwere Wochen getragen hatte. Zum Glück für uns war es trotz der feindlichen Uebermacht kein Siegel, der das Schwert löhning. Seine Schärfe sollte dort niederzusen, wo die 1. Armee in Verbindung gegen die Seine der schlaucht Paris die Platte anzuwenden, nur durch ein Armeekorps und Kanallerie gegen feindliche Angriffe geschützt. Was aber der Gegner nördlich von Paris hier einleitete, war zahlenmäßig gering und wurde durch General Mammont nicht im Sinne entscheidungsgebender Latraff geführt. Schon am 5. September ließ sich Mammont vom IV. Reservekorps angreifen, das seine Schutz Aufgabe in altvertrautem Sinne offen zu aufsteht. Freilich, es war zu schwach, um zu siegen. Da riß die 1. Armee mit blendender Wanderrückstufung zwei Armeekorps aus der gegen die Seine gerichteten Front und warf sie nach rechts rückwärts in die bedrohte Platte am Durra. Bis zum 9. September war Mammont von zwei Seiten gefaßt, geschlagen, kamnte um seinen Rückzug; das Bergelungsschwerdt sank kraftlos zu Boden. Und wie sah es in der Front des deutschen rechten Flügels aus, die der Feind zurückzubringen strebte? Nirgends machte der Franzmann feigere Fortschritte, kleine Geländegewinne fanden gegen größere Verluste; die deutsche Front hielt und kam streckenweis voran. Nur eine frange Stelle war da. Die Schwächung der Front der 1. Armee dort, wo es 2 Armeekorps herausgeschoben hatte, ließ eine Lücke zum rechten Flügel der 2. Armee, die von dieser nicht, wie die 1. Armee erhoffte, ausgefüllt werden

Donaue. In diese Höhe von 15 Kilometern, die sich durch Jurastadien des rechten Rheins der 2. Armee allmählich erweiterte, rüsten bis zum 9. September tatenlos, vorläufig unentschieden die Engländer ein. War die Schlacht an der Marne damit verloren? Nein und dreimal nein! Am 9. September mußte sich der Sieg der 1. Armee gegen Maunoury vollenden, wenn sie ihre siegreichen Bewegungen am Durchstoßte; von ihrer trotz aller Einbußen ungebundenen Kraft, von ihrer bewährten Fähigkeit, sich wechsellagernden Kagen anzugewöhnen, von ihrer Entschlossenheit, den Kampf zu erwarten, das sie sich dann mit Höchstleistung gegen die Feindbrände wenden würde, um den Durchbruch zu bereinigen, den Einbruch zur Niederlage zu machen. Gewiß, die Krise war schwer, aber sie konnte und mußte überwunden werden.

Und man war am 9. September bei der 1. Armee auf dem besten Wege dazu, die endgültige Berührung Maunourys schon zur Frage der nächsten Stunden. Da kam die Wendung, der strategische Verlust der Schlacht, der Rückzug, nur an einer einzigen Stelle als Notwendigkeit anerkannt, bei der 2. Armee, sonst überall, bis zur 5. Armee hin, als schmerzhafteste Enttäuschung empfunden. Die Oberleitung des Heeres hatte am 8. September als Kernpunkt — noch immer nicht fest — den von dem Oberbefehlshaber der 2. Armee geleitet, wie General Tappen schreibt, ohne Vollmacht, nur als Beratersteller. Man möchte wünschen, daß Generaloberst v. Woltke selbst diese Fahrt unternommen hätte; oder er war schon schwer krank und entließ sich erst am 11. September, an die Front zu gehen, als der Rückzug nicht mehr abzuwenden war. Bei der 2. Armee fand Genfisch das Oberkommando angeht, des englischen Einbruchs gewagt, über die Marne bis zur Weile zurückzugehen, um dort die 1. Armee aufzuheben, deren Rückzug gleichfalls unumkehrbar schien. Oberstleutnant Genfisch stimmte zu; er wurde hier der Rückzug beschlossen, bevor die 1. Armee, bevor der wirkliche Keiler der Operationen, der Chef des Generalstabes des Heeres, gesprochen hatte. Die bedrohliche Lage einer einzelnen Armee, ihr selbständiger Einfluß zum Rückzug ward zum Verhängnis des ganzen Heeres. Genfisch fuhr weiter zum Oberkommando der 1. Armee; wo er sich, darüber weißt kein Bericht von dem sofort an Ort und Stelle aufgenommenen Protokoll der 1. Armee, ab. Er hat später gemeindef, daß er die Rückzugsbefehle der 1. Armee schon fertig vorgehen ließ; das Protokoll stellt fest, daß sich das deutsche Heer auf Befehl des Oberstleutnants, der sich auf seine Vollmacht berief, zum Rückzug habe bestimmen lassen. Oberstleutnant Genfisch ist tot, volle Stärke wird über diese Frage nicht mehr gewonnen werden. Soviel ist sicher: der Rückzugsgebote ging aus von der 2. Armee. Oberstleutnant Genfisch hat, anscheinend ohne Auftrag, dazu beigetragen, daß er sich auch auf die 1. Armee ausdehnte. Wäre er nie bei der 1. Armee erschienen, der Sieg über Maunoury hätte sich vollendet. Nun wurde der Kampf abgebrochen. Die Oberleitung des Heeres ist an dieser folgenschweren Wendung des ganzen Krieges unbeteiligt; sie hatte die Fingel nicht in der Hand.

Die ungeborenen trotz Erschöpfung und Beschleunigung der Kämpfe die deutsche Heeresmacht, der drei Armeen des rechten Rheins, wo endlich die nachgehobenen Kräfte mitwirken konnten, und die siegreiche Wende aller feindlichen Verluste von der die bis zur Maas, den über Erwarteten weidenden deutschen Gegner entscheidend zu fassen. Der Rückzug brachte uns nach den vergeblichen Bemühungen beider Seiten, in dem freien Raume bis zum Meer durch frisch hinzuangeworrene Kräfte die Entscheidung zu erzwingen, den jahrelangen Stellungskrieg. General Tappen meint, daß er uns nicht erpart geblieben wäre, selbst wenn wir an der Marne nicht aufgehoben hätten, wahrscheinlich wäre unsere Lage unangünstiger gewesen als in den späteren räumlichen Stellungen. Das ist vielleicht zutreffend, vielleicht auch nicht; aber sicher wäre uns die ungewohne moralische Einbuße erpart geblieben, die uns der Rückzug brachte. Sie ist uns in Deutschland damals kaum zum Bewußtsein gekommen, beim Feinde aber bewirkte sie das helle Aufblenden der Siegeshoffnungen, das Gefühl der Überlegenheit, das die Gegner nun nicht mehr verließ. Vous avez rompu le charme, konnten die Staatsräuber der Entente mit Recht dem General Joffre zurufen, obwohl seine Kriegskunst in der Niederlage Maunourys gescheitert war.

Man hat bei uns nach der Marne Schlacht die Fortführung des Krieges als selbstverständlich an, sein Meist möchte ihn als hoffnungslos aufgeben. Erst nach dem Siege ist die Meinung aufgekommen, daß mit ihr der Feldzug tatsächlich verloren, die Zeit langen heldenmütigen Kämpfes, die im September 1914 begann, vergeblich kraftaufwand gewesen ist. Das sagt sich dem Gedankenfrage des Friedensschwärmers und aller derer bequeme die, die Hindenburg und Ludendorff ein Verdächter daraus machen, daß sie bis zum bitteren Ende den Sieg erstritten haben. Fern bliebe uns nicht schändliche Auffassung! Wir haben den Krieg verloren, weil wir uns selbst aufgegeben haben in dem Augenblick, da die Erfüllung der Gegner nicht bevorstand. Auch Friedrich der Große hat seine Marne Schlacht gehabt, die Niederlage von Kolln. Er hat dann noch 5 bittere Jahre durchgehalten bis zum Substantivfrieden. Und wäre ein gleicher Frieden beschieden gewesen, wenn wir seinem Vorbilde nachgegeben und Deutschlands Zukunft über die Räte der Gegenwart gestellt hätten.

Altersgrenzen für Beamte

(Erdmann verhandelt.)

Seit geraumer Zeit wird die Beamtenwelt durch allerlei Gerüchte über die Einführung von Altersgrenzen beunruhigt. Je nach Lage der Dinge werden Vermutungen, Hoffnungen, Befürchtungen ausgesprochen, obne daß sich für die einen oder die anderen überzeugende Beweise vorbringen ließen. Jetzt endlich fällt Stille in dieses unheimliche Dunkel. Nach verbürgten Berichten haben sich die Wünsche der Regierung, das unaufhörliche Drängen des Reichswirtschaftsrates und nicht zuletzt die Forderungen für die Betroffenen zu Maßnahmen von greifbarer Gestalt verdichtet. Tatsächlich ist nun dabei, der Überarbeitung der Beamtenhaft entgegenzutreten. Wahrscheinlich wird schon, während die Zeiten in Dresden gegen, der preussischen Landesversammlung ein Gesuchtrouf über Altersgrenzen zur Beratung vorgelegt werden. Gelangt er in dieser oder jener Form zur Annahme — und daran wird wohl niemand zweifeln —, so müssen für die Beamtenhaft Folgen erwandern, deren einschneidende Schicksal Angehörige kaum zu übersehen ist. Altersgrenzen an sich, sind nichts neues. In fremden Staaten sind die Beamten längst damit vertraut. Inner-

halb Deutschlands bestehen sie jetzt wohl nur in Baden, Was man in Preußen unter dieser Namen kannte, hatte eine ganz andere Bedeutung und Anwenbung, als jetzt das Gesetz beabsichtigt und vorschlägt. In Preußen hatte jeder Beamte das Recht, nach Vollendung des 65. Lebensjahres, um seine Verabreichung mit Ausbehalten nachzugehen, ohne den Beweis für dienstliche Unfähigkeit führen zu müssen. Diesen freiwilligen Entschluß verarbeitete das neue Gesetz in Bezug.

In Zukunft werden alle unmittelbaren Staatsbeamten und die Volksschullehrer aus ihrem Amt scheiden müssen, sobald sie das 65. Lebensjahr erreicht haben. Es ist fürerlich noch nicht entschieden, ob diese Dienstlichen Schicksalen noch so gut zu erfüllen, daß dem Staat durch ihren Abgang ein Nachteil oder Verlust erwächst, so kann im Einzelfall auf Antrag eines Ministers vom Staatsministerium die Frist bis zum endlichen Abgang verschoben werden, jedoch nicht über das 68. Lebensjahr hinaus.

Für Richter und Minister gelten Ausnahmestimmungen. Des ersteren ist von vornherein das 68. Lebensjahr als Altersgrenze zugelassen; aus der Erwägung heraus, daß gerade die älteren Richter infolge ihres weiteren Erfahrungsfreies Hervortreten leisten, und daß bei Richtern auch der bloße Schein vermieden werden muß, als wollten sie sich auf irgend eine Art das Wohlwollen der Verwaltung erwerben, nur um länger im Amte zu bleiben. Minister haben die gleichen Altersgrenzen überhaupt nicht. Werden sie doch in unserem parlamentarischen Staat mit so lange in ihrem Amt verharren können, als sie sich des Vertrauens der Volksworte erfreuen. Entziehung dieses Vertrauens zwingt den Minister, aus seinem Amt zu scheiden. Daß das Parlament das Recht hat, Männer jeder Altersstufe mit seinem Vertrauen zu beschenken und auf Ministerposten zu berufen, ist selbstverständlich.

Abwärts aller dieser Bestimmungen stehen die Hochschullehrer, deren Uebertritt in den Ruhestand sich von jeher unter besonderen Formen vollzog. Hochschullehrer werden nach wie vor nicht „beniontert“, sondern „emeritiert“, d. h. sie werden von allen amtlichen Verpflichtungen unter Beibehaltung des vollen Gehaltes entbunden und haben das Recht, auch weiter Vorlesungen anzuhören. Erreichung der Altersgrenze ist für ihnen dieselbe Wirkung wie freiwillige Emeritierung aus.

Daß die Vorkriter nicht erwähnt sind, ist nicht weiter verwunderlich. Für sie irgend welche Verfügungen zu treffen, war unnötig, weil die Reichsverfassung bekanntlich die Trennung von Staat und Kirche ausgesprochen hat.

Um das neue Gesetz durchzuführen, rückt die Regierung natürlich mit einer großen Anzahl gesetzlicher Gründe ins Feld, und neuerlei legt sie ihre Hoffnungen darauf, daß alle Betroffenen jenseit ihre Einsicht zeigen, sich ins Unvermeidliche mit Würde zu fügen.

Die Behauptung, daß sie allen jüngeren Stellenanwärtern Aufstiegsmöglichkeiten und den Tüchtigen freie Bahn lassen will, braucht man nicht allzu ernst zu nehmen. Denn bei der Belegung von Brücken, Bürgermeistern, Land- und Stadtratsstellen, hat sie sich bisher nie auf keinen deut um tüchtig „vorgeschobene“ Anwärter gekümmert, sondern „ungelehrte“ Arbeiter herbeigeholt, die von den Dienstgeheimen ihres neuen Amtes nicht seinen Schimmer hatten. Und mittel Vertreter anderer Berufsstände in minder hervorragende Stellungen gehoben worden sind, bloß weil sie sich durch Gehörigkeit auszeichneten — davon sündigt kein Sänger der volkshörigen Nachwelt. Verharrt die Regierung bei dieser Art der Verräterübergabe in demselben Maße wie bisher, dann wird die Wirkung, die sie von dem neuen Gesetz für den Nachwuchs erwartet, zum größten Teile wieder aufgehoben werden.

Ueberhaupt ist es eine eigene Sache, Altersgrenzen mit Bezug für die Masseinheit festzusetzen. Richter und vielleicht anderer würde es sein, wenn die förderliche und geistige Beschaffenheit der Einzelpersonlichkeit in Betracht gezogen würde. Hätten wir vor sechs bis acht Jahrzehnten schon Bestimmungen gegen die Abschaltung gesucht, kann man sich das deutsche Volk auf seine Einigkeit wohlwollend gehörs gewartet haben, denn die Begründer der deutschen Einheit waren doch weit Mäher noch an Jahren.

Gehörs Alter an sich begründet überhaupt nicht so ohne weiteres Einschränkung oder Verlegen der Arbeitsfähigkeit. Zum mindesten sind aus allen Berufsarten, aus Gelehrten- und Künstlerkreisen genug Beispiele zu nennen, wo im Alter von 65 Jahren Arbeitslust und Schaffensfreudigkeit noch nicht vermindert waren. Außerdem haben ja die Kriegsjahre gezeigt, daß das höhere Alter für die ernstlichen und mühevollen Aufgaben sehr wohl verwendbar ist. Daß das kommende Gesetz auf Ausnahmen von der Regel zugestimmt ist, ist anerkannt. Ob aber für den Einzelnen unter den heutigen Verhältnissen trotz ungeschwächter Leistungen Einwirkung der Altersgrenze beantragt oder bewilligt wird, bleibt abzuwarten. Sollen sich werden solche Fälle ohne Hinblick auf Parteivorurteile entscheiden.

Daß den Juristen von vornherein gewisse Vorrechte eingeräumt wurden, hängt wohl immer noch mit der alles beherrschenden Stellung zusammen, die sie von jeher im Staatsgefüge hatten. Warum bei einem Richter Lebens- und Amtserfahrung höher einzuschätzen ist als bei einem Verwaltungsbeamten oder einem Erzieher der Jugend, wird wohl nur von denen ganz begriffen werden, die dieses Gesetz gemacht haben.

Bei der Einführung des Gesetzes wird es wahrscheinlich ohne Härten nicht abgehen. Gerade älteren Beamten ist durch die lange Dauer des Krieges und die wirtschaftliche Not, die uns folgte, mancher schwere Sorge ausgeblendet worden. Ob haben die Götter, die freudig und gern die Waffen für das Vaterland trugen, in den meisten Fällen wohl Offiziere waren, nach ihre Berufsbildung der sich. Darf solche Werten das Einkommen auch nur um einen Pfennig gekürzt werden? Die Bestimmung, daß das Gesetz erst am 1. Januar 1921 in Wirksamkeit treten soll, scheint da für sich allein nicht schmerzhaft genug. Würde es nur denjenigen Beamten, die aller Daseinsfragen überhoben trotz höheren Alters sähe an ihren Amtern leben, ein Ziel ihrer Tätigkeit setzen, so könnte das nicht weiter schaden. Solche Männer haben jetzt einhellig die Pflicht, jüngeren Anwärtern den Platz zu räumen. Sie werden es um so leichter und williger tun, sobald die seit langem verpöbte Verwaltungsordnung zur Anwendung gelangt.

Für die nachwachsenden Geschlechter wird das neue Gesetz unweifellos manchen Nutzen stiften. Dadurch, daß Deut-

land so große Gebiete an seine Feinde hat abtreten müssen, sind auch natürlich die Anstellungsmöglichkeiten auf eine kleinere Zahl zusammengefallen. Die Lage jüngeren und jüngsten Anwärter ist also nicht beneidenswert, zumal vielen Beamten der verlorenen Provinzen der Vorrang vor ihnen hat genehmigt werden müssen. Bei jeden Fall scheint jedoch ihre Zukunft auskömmlicher, sobald der Ueberalterung der Stelleninhaber vorgebeugt wird.

Der Staat selbst erhofft sich aus der Beseitigung der Altersgrenze besonderen Gewinn. Er braucht für die riesigen Aufgaben, die ihm die fürchterliche Not der Zeit aufzwingt, ein Beamtenheer, das neben fröhlicher Begeisterung und Geschmeidigkeit auch über große geistige Beweglichkeit verfügt, um den hohen Anforderungen der Gegenwart und Zukunft gewachsen zu sein. Daß es sich durch ihm geeignet erwerbende Maßregeln zu verschaffen sucht, ist ihm nicht zu verdenken. Ob die Steuerzahler damit zufrieden sein werden, ist eine andere Frage.

Auf jeden Fall erwächst für unsere Volksworte die Pflicht, die neue, folgenreichere Vorlage gründlich und verständnisvoll durchzudenken. Sie ist nämlich durchzuweisen wie etwa die Steuererhöhung, würde ein sich nicht erhöhender Leistungs sein. Denn diesmal stellt Kolportage auf dem Spiel als Geld und Geldwert. Es gilt dem Publikum und die Tüchtigkeit eines Standes zu beobachten, der Preußen groß gemacht und ihm einen Namen vor allen anderen Ländern gegeben hat.

Dr. Fr. W.

Dom Büchertisch

— Das Buch „Sommer“, einer partischen Zeit schrift für nationales Leben (Herausg. Theodor Frisch, Leipzig) enthält wieder sehr lesenswerte Beiträge aus der Zeitgeschichte. In dem einleitenden Artikel wird die Frage aufgeworfen: „Zur zweiten Revolution?“ Er geht davon aus, daß viele Sozialisten mit dem Ergebnis der Novemberrevolution nicht zufrieden sind und eine nochmalige Umwälzung für notwendig halten. Der Verfasser des Buchs ist allerdings nicht bereit, diese Forderung zu unterstützen. Das gesamte Buch ist ein sehr wertvoller Beitrag zur Kenntnis der englisch-amerikanischen Sozialisten bringt uns aufschlussreich weiter vor, seitdem die letzten Dinermission, die deutsche Politik und der deutsche Militarismus, befragt sind. Wer den vollen Inhalt des Buchs erfahren will, muss einen anderen Weg beschreiten als unsere Sozialrevolutionäre. Nicht der Werk, sondern der Lebensstil des Einzelnen erbringt die anderen. Was will das Vermögen des Strupp mit seinen 350 Millionen belegen gegen das unididbare Kapital des Bankhauses Rothschild, das über 40 Millionen beträgt! Die Verhältnisse zwischen Arbeiterstaat und hohem Vortrium wäre die Todesfrage für den ausbeuterischen Sozialismus.

— Das Buch „Deutschlands Erneuerung“ — J. B. Schumanns Verlag in München — zeichnet sich nicht durch einen reichen, zeitgemäßen Inhalt aus. Innerhalb der längeren Aufsätze: „Rohdenferm im Rahmen bürgerlicher Staatskunst“ von Hans Bonhoff, „Die falsche Front in der Frage gegen die Weidung“ von Erich Jung, „Die Judenpolitik des zarischen Reichs“ von Axel von Freytag-Loringhoven, „Gleitside“ von Otto Ritter, „Das Schicksal der Weidung“ von H. von Gnebel, „Der Aufstieg des Sozialismus“ von J. B. Schumann und „Bild der Frage“ von Erich Jung, erheben sich nur wenige als lesenswert. Es ist nicht zweifelhaft, daß es gründlich durchdrachte Sozialismus, das Buch nicht aufweist, bald alle sozial empfindenden Kreise, nicht zuletzt die politischen Parteien, beschäftigen wird. Aber auch der Verfasser hat sich in der nachträglichen Erklärung von Hans Bonhoff im letzten Band: „Die neue Weltzeit der multinationalen Imperien“.

— D. R. W. B. Schumann, Zur Veranschaulichung der christlichen Kirche in Deutschland. (68 S.) Leipzig, A. Deichertsche Verlagsbuchhandlung, 1919. Preis, 4,50 Mark. — Innerhalb der Welt ist dieser Gegenstand erörternden Schriften nimmt die Welt vom Gegenstand, Veranschaulichung eine hervorragende Stelle ein. Hier spricht ein Mann, der mit der Geduld und den bogmaligen und redlichen Grundrissen der evangelischen Kirche auf alle vertraut ist und damit einen freien und weiten Blick für die gegebenen Verhältnisse der gegenwärtigen Zeit hat. Der Verfasser hat sich die Schrift veranlaßt, an christlichen Kirchen werden eine Theorie gegeben, sondern auf Grund einbringender wissenschaftlicher Kenntnisse fruchtbarkeiten für die wirkliche kirchliche Verfassung, und Lebensarbeit. Und aber allem wird die heute bedrohliche große Gefahr fruchtbarer Bewegung, die die Kirche zur Gefahr herabziehen droht und somit aufeinanderhängt, doch mit wertvollen Gedanken und bewährten, auch seine ungewunden Tendenzen hat durchzuführen lassen, und die Leser auch von Theologen ohne oft nicht richtig erkannt und eingeschätzt wird, richtig abgemahnt und widerlegt. Der angeführte Veranschaulichung gilt ganz zunächst nur für Preußen, hat aber auch für uns wertvolle Bedeutung.

— D. R. W. B. Schumann, Zur Veranschaulichung der christlichen Kirche in Deutschland. (68 S.) Leipzig, A. Deichertsche Verlagsbuchhandlung, 1920. Preis, 4,50 Mark. — Diese Schrift weist ebenfalls auf die von D. R. W. B. Schumann. Wir können sie aber nicht in gleichem Maße empfehlen. Denn trotz mancher klaren und mühevollen Auseinandersetzung werden hier die genannten Gefahren nicht so gesehen und der persönliche Standpunkt des Verfassers tritt ihm Blick für geschichtliche Notwendigkeiten und für das tiefe Wesen der Kirche.

— S. Gatzmann, Jesus, das Dämonische und die Ethik. (218 S.) Göttingen, Schönb. u. Oberb. 1920. Preis, 6,50 Mark. — Diese Schrift kann manchem, der unvorurteillich an der Bekehrtheit, in vielen Teilen, jedoch unweifelhaft erkennen — der Kenner der christlichen Religionsgeschichte weiß, daß hier der alte Kampf der Spiritualisten mit der allgemeinen Kirche, wie er die ganze Geschichte durchzieht, wieder in neuer Form auftritt. Warum wird man allerdings Bedenken haben müssen, die hier in der Sprache des allgemeinen Sinns in die Hand zu geben. Dagegen wäre wohl zu wünschen, daß Theologen und solche, die sich mit den Fragen der Religion nach befähigt haben, es seien und sich innerlich damit auseinandersetzen. Denn das hier ein Mann spricht, der innerlich etwas von Religion, von Götterglauben erfahren hat. Er ist aber, Götterglauben ist, doch ein richtiges Bild für die Gemeinden der Kirche. Der Verfasser hat, und das kommt, daß er, im Unterschied von ihren gewöhnlichen Vertretern, mit allen Mitteln heutiger Wissenschaft auf ausgereicht ist. Aber die Grundgedanken des Buchs ist eben doch nicht durchdringbar. Denn es übertrifft einen an sich richtigen Gedanken in möglichster Breite und Tiefe abzuwickeln. Die Schrift ist ein Werk von Geist und Ethik auf verchiedene Dinge — aber Ethik und Gesellschaft sind eben auch verchiedene. Und das jede wirkliche Religion immer wieder eine Ethik aus sich herauszuweisen muß, das zeigt die Geschichte überall und zeigt auch — der Verfasser selbst. J. B. Schumann, Aufsätze. (64 S.) Göttingen, Schönb. u. Oberb. 1920. Preis, 4,50 Mark. — Die Aufsätze von Schumann sind für den Verfasser, in dem er den Versuch einer „reinen“ Deutung“ der Religion unternimmt. Was dort, ist die Darstellung glänzend und eine Stelle innererem Gedanken geben, mit denen die Auseinandersetzung von Wert ist.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Prof. Dr. W. Rieck